

# Forderungen der Lebenshilfe an die Politik

## Info-Blatt



## Was will die Politik für Menschen mit Beeinträchtigung machen?

Menschen mit Beeinträchtigung und ihre Familien sollen überall dabei sein können.

Das ist das Ziel der Lebenshilfe.

Darum hat die Lebenshilfe ihre Forderungen an die Politik aufgeschrieben.

Damit die Politik Menschen mit Beeinträchtigung mehr beachtet.



Es gibt eine neue Regierung in Deutschland.

In der Regierung sind 3 Parteien.

Die Parteien haben vorher zusammen besprochen:

Was sie in den nächsten 4 Jahren machen wollen.

Das haben sie in einem Vertrag aufgeschrieben.

An den wollen sich alle halten.

Dazu sagt man: Koalitions-Vertrag.

Die Lebenshilfe hat sich den Koalitions-Vertrag angesehen.

Im folgenden Text erfahren Sie:

Was ist mit den Forderungen der Lebenshilfe?

Will die Politik sie umsetzen?

## Forderung 1: Familien besser unterstützen

### Das fordert die Lebenshilfe

1. Eltern müssen dafür Geld bekommen, wenn sie ihre Kinder mit Beeinträchtigung in schwierigen Situationen unterstützen.
2. Eltern von Kindern mit Beeinträchtigung brauchen schnelle und einfache Hilfe.  
Dafür muss es gute Unterstützung und Betreuungs-Angebote geben.  
Das muss der Bundestag regeln.  
Damit Menschen mit Beeinträchtigung nicht benachteiligt werden.

### Das will die Politik machen

#### Geld für die Pflege

Angehörige sollen Menschen mit Beeinträchtigung einfacher pflegen können.

Dafür sollen sich die Angehörigen Zeit nehmen können.

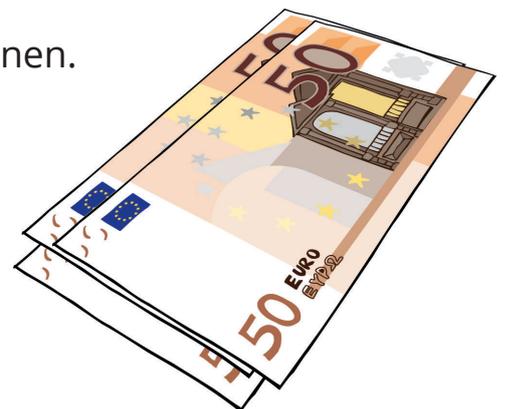
Das heißt:

Sie können sich für die Pflege frei nehmen.

Sie müssen dann **nicht** arbeiten.

Und bekommen trotzdem Geld.

Dafür sollen Gesetze geändert werden.



#### Hilfe für Familien

Familien brauchen Unterstützung.

Zum Beispiel:

- durch eine Haushalts-Hilfe
- durch eine Kinder-Betreuung

Die neue Regierung will diese Unterstützung fördern.  
Das heißt zum Beispiel:  
Es soll Geld und Gutscheine für Familien geben.  
Damit kann die Unterstützung zum Teil bezahlt werden.  
Zuerst sollen allein-erziehende Mütter und Väter Hilfe bekommen.  
Auch Familien mit Kindern und Angehörigen,  
die Pflege brauchen.  
Später sollen alle Familien diese Unterstützung bekommen.

## Forderung 2: Pflege für Menschen mit Beeinträchtigung verbessern

1. Angehörige von Menschen mit Beeinträchtigung  
sollen frei entscheiden können:  
Wann und wie sie die **Verhinderungs-Pflege** nutzen.

Zum Beispiel:

Sie sollen sie auch für einige Stunden  
am Tag nutzen können.

Verhinderungs-Pflege bedeutet:

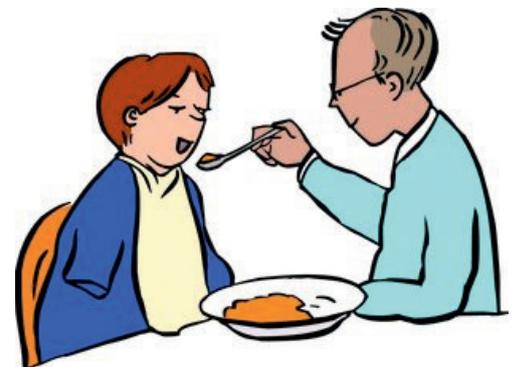
Viele Angehörige pflegen einen Menschen  
mit Beeinträchtigung zu Hause.

Manchmal brauchen die Angehörigen davon eine Pause.

Oder sie werden krank.

Dann können sie eine Vertretung bekommen.

Sie übernimmt für eine Zeit die Pflege zu Hause.



2. Menschen mit Beeinträchtigung sollen überall **häusliche Pflege** bekommen.  
Egal, ob sie allein oder in einer Wohn-Einrichtung wohnen.  
Dazu sagt man auch: häusliche Pflege.

Menschen mit Beeinträchtigung bekommen verschiedene Leistungen.

Zum Beispiel:

Wenn sie pflege-bedürftig werden,

brauchen sie Geld und Hilfs-Mittel für ihre Pflege.

Das wird von der **Pflege-Versicherung** gezahlt.

Und sie bekommen besondere Leistungen:

Die Leistungen der **Eingliederungs-Hilfe**.

Die bekommen sie, um Benachteiligungen zu vermeiden.

Oder um sie so schnell wie möglich abzuschaffen.

Zum Beispiel gibt es Eingliederungs-Hilfe:

- bei der Arbeit
- und bei der Teilhabe am Leben in der Gesellschaft.

### 3. Die Pflege-Versicherung und die Eingliederungs-Hilfe

muss es weiter zusammen geben.

Auch, wenn die Pflege-Versicherung verändert werden soll.

Menschen mit Beeinträchtigung bekommen Leistungen der Eingliederungs-Hilfe.

Doch viele von ihnen müssen auch gepflegt werden.

Das zahlt die Pflege-Versicherung.

Sie bekommen dann beide Leistungen:

Die Leistungen der Eingliederungs-Hilfe

und die Leistungen der Pflege-Versicherung.

Das muss auch so bleiben.

Damit Menschen mit Beeinträchtigung gut versorgt sind.

## **Das will die Politik machen**

### **Pflege zu Hause soll einfacher werden**

Angehörige von Menschen mit Beeinträchtigung sollen die Verhinderungs-Pflege einfacher bekommen können.

Sie sollen freier entscheiden können:

Wann und wie sie die Verhinderungs-Pflege und die Kurz-Zeit-Pflege nutzen wollen.

Kurz-Zeit-Pflege bedeutet:

Viele Menschen mit Beeinträchtigung werden von ihrer Familie gepflegt.

Manchmal kann die Familie die Pflege nicht machen.

Zum Beispiel:

- Weil die Familien-Angehörigen keine Zeit haben.
- Oder weil sie eine Pause brauchen.

Dann kann der Mensch mit Beeinträchtigung eine Kurz-Zeit-Pflege bekommen. Dafür geht er in ein Pflege-Heim.

### **Gute Versorgung von Menschen mit Beeinträchtigung**

Die Politik will auch klären:

Wie die Leistungen der Eingliederungs-Hilfe und der Pflege-Versicherung zusammenpassen.

Das Ziel der Politik ist:

Menschen mit Beeinträchtigung sind weiter gut versorgt.

## Forderung 3: Eine Kinder- und Jugend-Hilfe für alle

### Das fordert die Lebenshilfe

1. Die Kinder- und Jugend-Hilfe unterstützt Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und ihre Familien.

In Zukunft soll die Kinder- und Jugend-Hilfe mehr Aufgaben bekommen.

Sie soll sich auch um alle Angelegenheiten von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigung kümmern.

Jetzt muss gut überlegt werden:

Wie kann eine Kinder- und Jugend-Hilfe für alle gelingen?

Deshalb müssen alle wichtigen Gruppen gefragt werden:

- Wie kann das Gesetz gut werden?
- Welche Unterstützung braucht das Jugend-Amt?

Wichtige Gruppen sind zum Beispiel:

- Kinder, Jugendliche und Eltern,
- Fach-Leute vom Jugend-Amt
- und Sozial-Verbände wie die Lebenshilfe



### Das will die Politik machen

#### Das Gesetz wird immer wieder geprüft

Es soll eine gute Kinder- und Jugend-Hilfe für alle geben.

Darum sollen viele verschiedene Stellen nach ihrer Meinung gefragt werden:

Zum Beispiel:

- Die Bundes-Länder, Städte und Gemeinden
- und auch Sozial-Verbände wie die Lebenshilfe.

Sie sollen sagen:

Was sich in der Kinder- und Jugend-Hilfe verändern muss.

Die Ergebnisse sollen dann auch im Gesetz stehen.

Die neuen Regeln sollen immer wieder geprüft werden.

Besondere Unterstützung sollen Pflege-Eltern von Kindern mit Beeinträchtigung bekommen.

Die Politik will auch dabei helfen:

Dass die Jugend-Hilfe mehr im Internet machen kann.

Zum Beispiel:

Das Jugend-Amt soll mit Familien auch online sprechen können.

Bisher müssen die Familien dafür ins Jugend-Amt kommen.

Oder ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin kommen zu der Familie.

## **Forderung 4: Arbeit besser machen**

### 1. Nur wenige Menschen mit Beeinträchtigung

arbeiten auf dem **Allgemeinen Arbeits-Markt**.

Arbeiten auf dem Allgemeinen Arbeits-Markt:

Das sind Arbeits-Plätze,

die nichts mit einer Werkstatt zu tun haben.

Wer hier arbeitet, hat:

- einen Arbeits-Vertrag mit einer Firma, Kollegen, die keine Behinderung haben,
- einen festen Lohn,
- kann aber auch arbeitslos werden.

Menschen mit Lernschwierigkeiten haben es

auf dem Allgemeinen Arbeits-Markt besonders schwer.

Sie arbeiten daher oft in einer Werkstatt für behinderte Menschen.

Das nennt man kurz: WfbM.

## Die Lebenshilfe fordert:

1. Jeder Mensch soll entscheiden können,  
was er arbeiten möchte.  
Und wo er arbeiten möchte.  
Egal, wie viel Unterstützung er braucht.
2. Wer in der Werkstatt arbeitet,  
muss mehr Geld bekommen.



## Das will die Politik machen

Menschen mit Beeinträchtigung sollen leichter auf dem Allgemeinen Arbeits-Markt arbeiten können.  
Arbeit-Geberinnen und Arbeit-Geber sollen deshalb **gute Ansprech-Personen** haben.

Zum Beispiel beim Job-Center.

Damit sie wissen:

Wie sie Menschen mit Beeinträchtigung beschäftigen können.

Menschen mit Beeinträchtigung sollen auf dem Allgemeinen Arbeits-Markt arbeiten können.

Auch ihre Anträge sollen bald schneller genehmigt werden.

Manche Arbeit-Geber stellen trotzdem keine Menschen mit Beeinträchtigung ein.

Diese Arbeit-Geber müssen dann noch mehr Geld an den Staat bezahlen.

Dazu sagt man: Ausgleichs-Abgabe.

Mit dem Geld will der Staat Menschen mit Beeinträchtigung fördern.

Und zwar die,

die auf dem Allgemeinen Arbeits-Markt arbeiten wollen.



**Werkstätten** sollen sie in Zukunft dabei unterstützen.

Auch **Inklusions-Unternehmen** sollen vom Staat stärker unterstützt werden.  
In Inklusions-Unternehmen arbeiten Menschen mit und ohne Beeinträchtigung zusammen.

### **Geld in der Werkstatt**

Die Politik will weiter herausfinden:

Wie können Menschen in der Werkstatt gerechter bezahlt werden?

Und wie können sie mehr Geld bekommen?

Die Politik will auch wissen:

Was das für den Allgemeinen Arbeits-Markt bedeutet.

Sobald es Ergebnisse gibt,

will die Politik sie auch umsetzen.

### **Forderung 5: Hindernisse abschaffen**

Menschen mit Beeinträchtigung dürfen **nicht** benachteiligt werden.

Und es darf **keine** Barrieren für sie geben.

Barrieren sind Hindernisse.

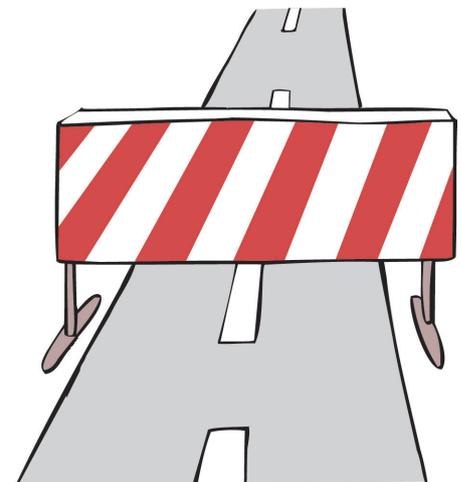
Das heißt zum Beispiel:

Es fehlen oft Rampen für Rollstühle.

Bis jetzt fehlt in Deutschland auch ein Gesetz.

In dem Gesetz muss stehen:

Es darf **keine** Hindernisse für Menschen mit Beeinträchtigung geben.



Auch im privaten Bereich muss alles **barriere-frei** sein.

Zum privaten Bereich gehören zum Beispiel:

Cafés, Konzert-Hallen und Super-Märkte.

### **Die Lebenshilfe fordert:**

1. Auch im privaten Bereich muss alles barriere-frei sein.

Wenn es doch Hindernisse gibt, muss das als Benachteiligung anerkannt werden.

Das muss in einem Gesetz stehen.

2. Der Gesundheits-Bereich muss barriere-freier werden.

Das heißt zum Beispiel:

Arzt-Praxen, Krankenhäuser und Apotheken müssen barriere-frei werden.

Das heißt zum Beispiel:

Es muss dort Rampen und breite Türen für Rollstühle geben.

Es muss mehr Informationen in Leichter Sprache geben.

Ärztinnen, Ärzte, Pflegerinnen und Pfleger brauchen mehr Zeit.

Dann können sie Menschen mit Beeinträchtigung besser behandeln.

Und sie müssen lernen:

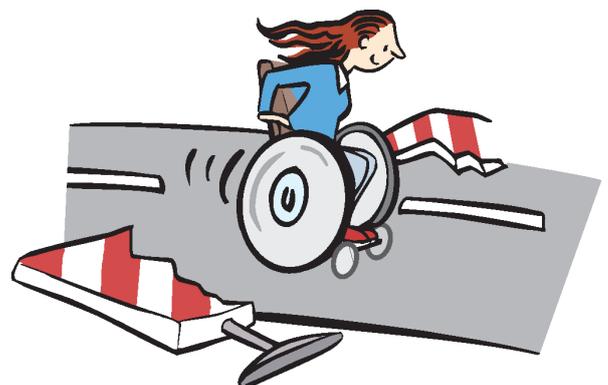
Wie sie mit Menschen mit Beeinträchtigung gut umgehen können.

### **Das will die Politik machen**

Deutschland soll in noch mehr Bereichen barriere-frei werden.

Zum Beispiel:

- bei der Bahn,
- bei vielen öffentlichen Gebäuden,
- beim Wohnen,
- in Kranken-Häusern und Arzt-Praxen
- und im Internet.



Darum werden verschiedene Gesetze überarbeitet.

Auch im privaten Bereich soll es bald weniger Hindernisse geben.

Zum Beispiel in Cafés und Geschäften.

Es soll viel mehr in Leichte Sprache und Gebärden-Sprache übersetzt werden.

Zum Beispiel:

- Informationen über Gesetze
- Angebote von Ämtern und Behörden

### **Arzt-Praxen, Krankenhäuser und Apotheken**

Der Gesundheits-Bereich soll sich verändern.

Er soll barriere-frei werden.

Damit viele verschiedene Menschen ihn gut nutzen können.

Zum Beispiel:

- Menschen mit Beeinträchtigung
- Menschen aus anderen Ländern
- Frauen und Männer

Dafür will die Politik einen Plan machen.

Er heißt: **Aktions-Plan.**

In dem Plan steht:

Was sich genau verändern soll.

Kinder mit schwerer Beeinträchtigung sollen besser versorgt werden.

Und ihre Familien sollen dafür weniger Anträge ausfüllen müssen.

Erwachsene mit schwerer Beeinträchtigung werden in bestimmten Zentren versorgt.

Das sind Orte mit vielen verschiedenen Ärzten.

Die Ärzte kennen sich alle gut mit Beeinträchtigungen aus.

Es soll mehr von diesen Zentren in allen Bundes-Ländern geben.

## Forderung 6: Im Internet dabei sein

Viele Dinge passieren heute  
nur noch im Internet.

Durch das Internet sind Computer  
auf der ganzen Welt miteinander verbunden.

Im Internet gibt es viele Angebote.

Man bekommt zum Beispiel  
wichtige Informationen.

Auch Menschen mit Beeinträchtigung sollen diese Angebote nutzen.

Und im Internet mitmachen.



### Die Lebenshilfe fordert:

1. Menschen mit Beeinträchtigung sollen  
im Internet dabei sein.

Sie müssen ausreichend Geld für einen Computer und Internet bekommen.

2. Menschen mit Lernschwierigkeiten müssen am Computer unterstützt werden.

Sie brauchen eine Assistenz.

Das soll über die Eingliederungs-Hilfe geregelt werden.

### Die Politik will prüfen:

Wie alle Menschen im Internet dabei sein können.

Das geht zum Beispiel durch:

- mehr Leichte und Einfache Sprache
- Schulungen für Menschen mit Beeinträchtigung

## Forderung 7: Betreuungs-Recht

Viele erwachsene Menschen mit Beeinträchtigung haben eine **rechtliche Betreuung**.

Immer wieder gab es dabei Probleme.

Darum gibt es ein neues Gesetz.

Das Gesetz gilt ab dem Jahr 2023.

Durch das Gesetz wird das Betreuungs-Recht besser.

Betreute werden mehr selbst bestimmen können.

Wichtig ist:

Die neuen Regeln müssen auch umgesetzt werden.

Dafür muss es genug Geld geben.



### Die Lebenshilfe fordert:

1. Bis Januar 2023 muss es in ganz Deutschland **Beratungs- und Beschwerde-Stellen** für Betreute geben.
2. Bis Januar 2023 muss es eine **Fach-Stelle** für unterstützte Entscheidungs-Findung geben.
3. Menschen mit Betreuung dürfen weiterhin selbst **Entscheidungen** treffen.  
Das muss so im Gesetz stehen.
4. Das neue Betreuungs-Recht wird untersucht.  
Die Ergebnisse müssen schnell veröffentlicht werden.  
Vielleicht zeigen die Ergebnisse:  
Das Gesetz muss geändert werden.  
Dann muss das schnell gemacht werden.
5. Die neue **Regelung zur Sterilisation** wird untersucht.  
Vielleicht zeigen die Ergebnisse:

Die Regelung muss geändert werden.

Dann muss das schnell gemacht werden.

6. Betreuungs-Vereine müssen mehr Geld bekommen.

## **Das will die Politik machen**

Im Koalitions-Vertrag hat die Politik dazu nichts aufgeschrieben.

## **Forderung 8: Politik geht nur mit allen Menschen**

Die Lebenshilfe setzt sich für Menschen mit Beeinträchtigung und ihre Familien ein.

Eltern und Fach-Leute machen mit.

Das ist das Ziel:

Menschen mit Beeinträchtigung sollen überall dabei sein.

Sie wollen auch in der Politik mit-machen.



### **Die Lebenshilfe fordert:**

Menschen mit Beeinträchtigung müssen dabei sein, wenn über sie entschieden wird.

Gesetze müssen **barriere-frei** sein.

Das heißt:

Sie müssen für alle verständlich sein.

Zum Beispiel durch Leichte Sprache.

Damit Menschen mit Lernschwierigkeiten alles verstehen.

## **Das will die Politik machen**

Die Politik will dafür sorgen:

Dass Menschen mit Beeinträchtigung in der Politik  
mehr mit-entscheiden können.

Vor allem auf Bundes-Ebene.

Dort werden wichtige Gesetze für ganz Deutschland gemacht.

Es soll dauerhaft mehr Geld geben.

Damit Menschen mit Beeinträchtigung in der Politik dabei sein können.

## Das will die Politik außerdem für Menschen mit Beeinträchtigung machen

### Bundes-Teilhabe-Gesetz

Seit 1. Januar 2020 gilt ein neues Gesetz:

Das Bundes-Teilhabe-Gesetz.

Kurz: BTHG.

Das Gesetz ist für Menschen mit Beeinträchtigung.

Das Gesetz regelt:

Welche Unterstützung Menschen mit Beeinträchtigung bekommen.

Zum Beispiel:

- Beim Wohnen,
- bei der Arbeit
- und in der Freizeit.

Im Koalitions-Vertrag steht:

Das neue Gesetz soll genau angeschaut werden:

Werden die neuen Regeln aus dem Gesetz überall umgesetzt?

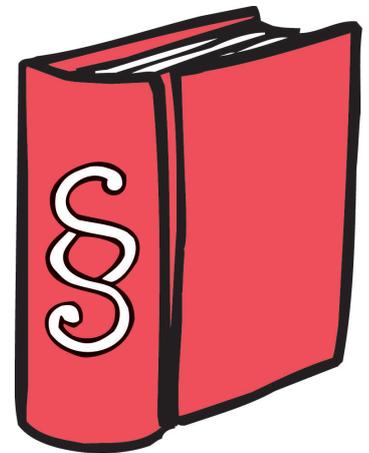
Wo gibt noch Probleme?

Das Ziel ist:

Dass bald überall die neuen Regeln gelten.

Außerdem soll es noch genauere Regeln geben:

Damit es weniger Gewalt gegen Menschen mit Beeinträchtigung gibt.



Viele Menschen mit Beeinträchtigung bekommen Unterstützung.

Das sind zum Beispiel Leistungen der Eingliederungs-Hilfe.

Die bekommen sie,

um Benachteiligungen zu vermeiden.

Oder um sie so schnell wie möglich abzuschaffen.

Zum Beispiel gibt es Eingliederungs-Hilfe:

- bei der Arbeit
- und bei der Teilhabe am Leben in der Gesellschaft.

Bisher ist es so:

Menschen mit Beeinträchtigung müssen etwas von ihrem Geld abgeben.

Wenn sie Eingliederungs-Hilfe bekommen.

Die neue Regierung plant jetzt:

Dass Menschen mit Beeinträchtigung für Eingliederungs-Hilfe

weniger Geld abgeben müssen.

Das wird aber noch genauer geprüft.

## Neue Regeln bei der Grund-Sicherung

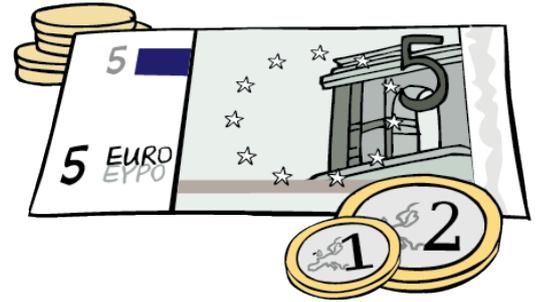
Manche Menschen haben zu wenig Geld.

Sie können davon **nicht** leben.

Sie bekommen deshalb Geld vom Staat.

Diese Unterstützung heißt **Grund-Sicherung**.

Manche sagen auch Sozial-Hilfe oder Hartz 4.



Die Grund-Sicherung soll abgeschafft werden.

Stattdessen soll es ein Bürger-Geld geben.

Unklar ist:

Was das genau für Menschen mit Beeinträchtigung heißt.

Viele Menschen mit Beeinträchtigung leben in Wohn-Einrichtungen.

Einige von ihnen bekommen auch Grund-Sicherung.

Allerdings bekommen sie weniger Grund-Sicherung als andere Menschen.

Wer allein oder in einer Wohn-Gemeinschaft lebt,

bekommt nämlich mehr Grund-Sicherung.

Die neue Regierung will das jetzt prüfen.

Sie will dann entscheiden:

Ob das gerecht ist oder geändert werden muss.

## Einfache und schnellere Anträge beim Amt

Viele Menschen mit Beeinträchtigung brauchen Geld und Unterstützung vom Staat.

Dafür müssen sie und ihre Familien oft viele Anträge ausfüllen.

Die Anträge sind von verschiedenen Ämtern.

Sie sind oft schwer zu verstehen.

Oft dauert es lange:

Bis die Ämter über einen Antrag entscheiden.

Das will die Politik jetzt ändern:

Anträge sollen einfacher werden.

Sie sollen schneller bearbeitet werden.

Dafür sollen verschiedene Sachen verändert werden.



## Intensiv-Pflege zu Hause

Manche Menschen mit Beeinträchtigung brauchen viel Pflege.

Zum Beispiel:

Weil sie **nicht** alleine atmen und essen können.

Sie müssen deshalb Tag und Nacht betreut werden.

Dazu sagt man auch: Intensiv-Pflege.

Bisher konnten solche Menschen nur schwer zu Hause gepflegt werden.

Das soll sich nun ändern.

Die Politik will dafür ein Gesetz überprüfen.

Und das Gesetz vielleicht auch ändern.

Damit Familien bei der Pflege zu Hause besser unterstützt werden.



## Ohne Hindernisse unterwegs sein

**Barriere-Freiheit** bedeutet:

Es gibt **keine** Hindernisse.

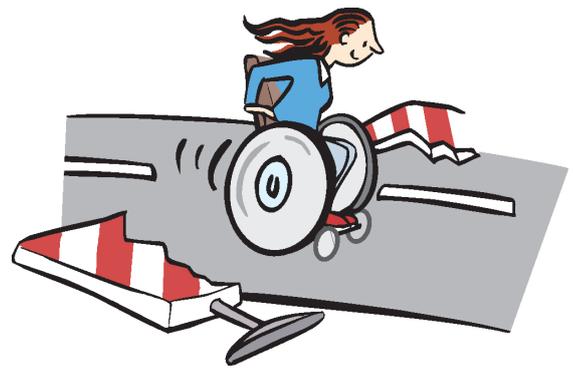
Das ist für Menschen mit Beeinträchtigung besonders wichtig.

Damit sie überall dabei sein können.

Und ohne Probleme überall hin-kommen können.

Darum will die Politik:

- Busse,
- Züge,
- Straßen-Bahnen,
- U-Bahnen und S-Bahnen barriere-frei machen.



Das heißt zum Beispiel:

Es soll überall Rampen und Fahr-Stühle für Rollstuhl-Fahrer geben.

Außerdem sollen die Fahr-Pläne besser zueinander passen.

Damit das Umsteigen einfacher wird.

## Wohnen ohne Hindernisse

In Deutschland fehlen viele Wohnungen.

Die Politik will das ändern.

Sie will zum Beispiel Geld für den

Bau neuer Wohnungen geben.

Die Mieten sollen günstig sein.

In den Wohnungen soll es wenig Hindernisse geben.

Hindernisse können zum Beispiel Treppen oder schmale Türen sein.

Sie sind für Rollstuhl-Fahrer ein Problem.



## Teilhabe- Ausweis

Der Schwerbehinderten-Ausweis soll einen neuen Namen bekommen.

Er soll bald Teilhabe-Ausweis heißen.

Der Teilhabe-Ausweis soll außerdem digital sein.

Das heißt zum Beispiel:

Änderungen am Teilhabe-Ausweis sind dann auch im Internet möglich.



Durch den digitalen Teilhabe-Ausweis

sollen Menschen mit Beeinträchtigung auch einfacher erfahren:

Welche Unterstützung sie bekommen können.

## Assistenz-Hunde-Gesetz

Viele Menschen mit Beeinträchtigung brauchen Unterstützung.

Manche Menschen mit Beeinträchtigung bekommen die Unterstützung von Hunden.

Diese Hunde heißen Assistenz-Hunde.

Assistenz-Hunde zeigen Menschen mit

Beeinträchtigung zum Beispiel den Weg.

Oder helfen ihnen bei verschiedenen Sachen.

Assistenz-Hunde müssen

eine Ausbildung bekommen.

Die Politik will jetzt ein Assistenz-Hunde-Gesetz machen.

Damit es bald mehr Assistenz-Hunde gibt.



## Sport für Menschen mit Beeinträchtigung

Menschen mit Beeinträchtigung sollen überall dabei sein.

Auch im Sport.

Das will die Politik unterstützen.

Es soll normal werden:

Dass Menschen mit und ohne Beeinträchtigung zusammen Sport machen.

Außerdem gibt es Sport-Veranstaltungen nur für Menschen mit Beeinträchtigung.

Zum Beispiel:

die Special Olympics World Games.

Das spricht man so: Speschell Olüm-picks Wörlld Gaims.

Das ist Englisch.

Und ein Sport-Wettbewerb für Menschen mit Lern-Schwierigkeiten.

Er findet im Jahr 2023 in Berlin statt.

Die Politik will den Wettbewerb unterstützen



Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.  
Raiffeisenstraße 18  
35043 Marburg  
Tel. 06421 491-0, Fax 06421 491-167

Hermann-Blankenstein-Straße 30  
10249 Berlin  
Tel. 030 206411-0, Fax 030 206411-204

[bundesvereinigung@lebenshilfe.de](mailto:bundesvereinigung@lebenshilfe.de)  
[www.lebenshilfe.de](http://www.lebenshilfe.de)

